

Nicht einmal die Unsicherheit ist sicher

Brexit Die Briten grillen und shoppen, von der prophezeiten Depression nach dem EU-Referendum ist keine Spur

VON FABIAN HOCK

Wenn sich die Sonne gegen die stets besonders dicken Wolken über den Britischen Inseln durchsetzt und es warm wird in England, Schottland, Nordirland und Wales, dann packt der Brite den Grill aus und macht Barbecue. Brexit hin, Brexit her.

Das macht er selbst in diesen Zeiten offenbar so ausgiebig, dass der Einzelhandel statt des erwarteten Einbruchs in Folge des Referendums Gewinne verzeichnen kann: Um 1,1 Prozent stiegen laut British Retail Consortium (BRC), dem Verband britischer Einzelhändler, die Verkäufe im Juli. Besonders viel Essen, Trinken und Sommer-Outfit seien verkauft worden. Die so oft beschriebene Verunsicherung um den Brexit wird - so es sie denn überhaupt gibt - einfach weggrilliert.

Haushälterische Vorsicht wegen ungewisser Zukunft hat sich jedenfalls nicht breitgemacht: Die Zutaten zum Barbecue scheinen die Briten per Kreditkarte gekauft zu haben: Der Kreditkartenanbieter Visa meldete am Montag - ebenfalls unerwartet -, dass die Ausgaben der Konsumenten im Juli saisonbereinigt um 1,1 Prozent angestiegen seien.

Ein klarer Trend sei hier zwar noch nicht zu sehen, betonte Visa. Dennoch sind die Zahlen bemerkenswert. Denn welcher Teufel wurde nicht bereits an die Wand gemalt? «Briten googeln Auswandern - Steigerung um 300 Prozent», konnte man den Medien entnehmen. Irische Pässe hätten sich sowieso schon längst viele besorgt. Runter von der Insel, rette sich, wer kann. Von wegen.

Bankenjobs wandern ab

Das gilt sogar für die Banker. Oder besser: vor allem für die Banker. Dabei ranken sich um sie die hartnäckigsten Gerüchte. Von bis zu 100 000 Jobs ist die Rede, die von der Londoner City auf das europäische Festland verlagert werden könnten. Londons Banker fliehen nach Frankfurt, vielleicht kriegt Zürich auch was ab.

Dabei gab es sie schon vor dem Brexit, die Gelassenheit: Bhupal Adhikari fürchtete sich kein bisschen. Zumdest nicht, was seine Branche angeht. Der Banker, mit dem die «Nordwestschweiz» unmittelbar vor der Abstimmung in London sprach, ging bereits damals davon aus, dass sich sein Land gegen seinen persönlichen Willen aus der EU verabschiedet. Die Finanzbranche, sagte er damals, werde mit einer kleinen Delle davonkommen. Sorgen machte er sich allenfalls um den Rest der Wirtschaft. Diesen werde es weit härter treffen.

Nüchtern betrachtet, wird die britische Wirtschaft auf längere Sicht unter dem Brexit leiden. Das bezweifeln die wenigsten. Auch Jobs in den Banken werden ab-



Der Entscheid der Mehrheit der Briten vom 23. Juni, die EU zu verlassen, hat bisher nicht die befürchteten negativen Effekte gezeigt. Eingekauft etwa wird weiterhin fleissig.

REUTERS

300

Prozent Um so viel soll Medienberichten zufolge in Grossbritannien die Internet-Suche nach dem Wort «Auswandern» wegen des am 23. Juni vom Volksmehr beschlossenen Brexit zugenommen haben.

wandern. Doch müssen es gleich hunderttausend sein, wie ein Analyst der britischen Jefferies Group der Nachrichtenagentur Bloomberg sagte? Die UBS zum Beispiel glaubt das nicht. Thomas Wels, Chef der Immobilienparte der Bank, geht eher von 25 000 Jobs aus, wie er derselben Agentur sagte. Und die seien nicht einmal das grösste Problem, das der Londoner Immobiliensektor derzeit habe.

Denn lange vor der Brexit-Abstimmung, wird Wels weiter zitiert, sei in der Londoner City ein Überangebot an Büro Raum aufgebaut worden. Während der Phase steigender Mieten, welche etwa bis März gedauert habe, hätten die Baufirmen Profite machen wollen - und dabei mehr Raum geschaffen, als gebraucht wird. Dieser käme in den Jahren 2017 und 2018 auf den Markt. Die Immobilienpreise könnte diese Überkapazität gehö-

rig durcheinanderwirbeln, warnt die UBS, denn bislang sei sie nicht in den Mieten eingepreist. Die von den Brexit-plagten Firmen abgezogenen Mitarbeiter - wie viele es auch am Ende sein mögen - verschärfen diese Situation. Doch auch hier: Ob es zu einem Einbruch am Markt für Geschäftsmobilien kommen wird, muss sich noch weisen.

Industrie ist besorgt

Nachweisbar verunsichert ist indes das verarbeitende Gewerbe. Laut dem Forschungsinstitut Markit kam die Industrieproduktion im Juli gehörig ins Stocken. Premierministerin Theresa May hat deswegen bereits neue Impulse seitens der Politik angekündigt.

Unmittelbar vor der Abstimmung hatte die beschworene Unsicherheit jedoch offenbar keine negative Wirkung auf das

Gewerbe. Im Gegenteil: Dieses habe in den Monaten vor dem Referendum die Produktion massiv hochgefahren, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters mit Verweis auf Zahlen des Nationalen Statistikamts. Um 2,1 Prozent sei der Ausstoss von April bis Juni gegenüber dem Vorquartal gesteigert worden - der grösste Zuwachs seit 1999. «Die Unsicherheit vor dem Referendum hat sich anscheinend kaum auf die Produktion ausgewirkt», wird der Chefökonom des Amtes zitiert.

So richtig unsicher sind zwar Wetten auf das britische Pfund. Anfang der Woche ist es zum zweiten Mal seit dem Brexit-Votum unter die Marke von 1.30 Dollar gefallen. Doch das senkt die Unsicherheit in der Tourismusbranche. Diese freut sich nämlich über mehr ausländische Flugbuchungen. Und auch die eigenen Leute machen Ferien daheim.

Italiens Banken retten einander

Rettungsfonds Projekt Atlante, an dem die grössten Kreditinstitute des Landes beteiligt sind, soll italienische Bankenkrise eindämmen

VON WOLF H. WAGNER, FLORENZ

Die italienische Börse zeigte sich am Dienstag in einem freundlichen Plus, vor allem die Bankenwerte legten nach Wochen des Kriselns zu. Analysten zufolge ist dies ein erstes positives Zeichen dafür, dass das Fondsprojekt Atlante, mit dem die angeschlagenen Kreditinstitute wieder in flottes Fahrwasser gebracht werden sollen, zu wirken beginnt.

Inzwischen teilte der ebenfalls optimistische Finanzminister Pier Carlo Padoa mit, dass bereits Atlante 2 auf dem Weg gebracht wurde. Der Spread - der Zinsunterschied zwischen italienischen und bundesdeutschen Werten, immer ein gutes Mass für die wirtschaftliche Stabilität des Landes - hat ein Zehnjahrestief erreicht und liegt derzeit bei nur 119 Punkten. In den schwersten Krisenzeiten unter Silvio Berlusconi drohte

er, die 500-Punkte-Marke zu überschreiten und einen wirtschaftlichen Kollaps Italiens auszulösen.

Faule Kredite drücken weiterhin

Inwieweit beide Projekte wirklich Wirkung zeigen, wird sich allerdings erst in einigen Wochen oder Monaten erweisen. Denn die drückende Last sogenannter fauler Kredite ist immens, sie werden immerhin auf 360 Milliarden Euro (391 Milliarden Franken) bewertet.

Der Fonds Atlante ist ein neu gegründeter alternativer Investmentfonds, der von den kapitalstarken Banken, allen voran der grössten italienischen Investmentbank Mediobanca, zusammen mit der Versicherungsgruppe Generali-AXA ins Leben gerufen wurde. Atlante und Atlante 2 sollen insgesamt 5 bis 7 Milliarden Euro erbringen, die zur Kapitalaufstockung kränkelnder Institute verwendet werden sollen.

Zunächst sollen die kleineren unter den gefährdeten Banken saniert werden, darunter die Veneto Banca und die Banca Popolare di Vicenza. Gegen die Chefetage der Ersteren wird wegen Misswirtschaft ermittelt, in den vergangenen Jahren sollen etwa 5 Milliarden Euro Kapital «verbrannt» werden. Inzwischen wurde im Rahmen des Fonds Atlanta bekannt, dass beide Kreditinstitute eine Art Allianz eingehen könnten.

Vor allem aber gilt die Rettungsaktion der ältesten Bank der Welt, der Monte dei Paschi di Siena. Das drittgrösste Kreditinstitut droht zusammenzubrechen und könnte damit gewaltige Turbulenzen in der italienischen Wirtschaft auszulösen. Dies wird wahrscheinlich die schwierigste Rettungsoperation, die Regierung und Privatwirtschaft sich vorgenommen haben. Aus dem Fonds Atlante soll für eine Rekapitalisierung eine Summe von 1,6

Milliarden Euro bereitgestellt werden. Benötigt werden in Siena zunächst jedoch mindestens 10 Milliarden, später 45 Milliarden Euro, um die Defizite auszugleichen.

Renzi ist optimistisch

Gleich seinem Finanzminister zeigt sich Regierungschef Matteo Renzi optimistisch, die Bankenkrise in den Griff zu bekommen. Man habe sich mit Brüssel abgestimmt, dass der gegenwärtige Kurs nicht mit dem Reglement kollidiert. Sollten die Initiativen der Privatwirtschaft jedoch nicht den gewünschten Erfolg bringen, würde sich Rom nicht scheuen, mit Staatsmitteln einzugreifen. In diesem Falle müsste das Bail-in, die Inanspruchnahme von Aktionären und Gläubigern, greifen. Renzi jedoch versprach allen Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Ob der optimistische Premier recht behält, wird der Herbst zeigen.

Immobilienblasenindex

Risiko einer Blase bleibt bestehen

Trotz real sinkender Eigenheimpreise und einem geringeren Zuwachs von Hypothekarkrediten besteht in der Schweiz weiterhin das Risiko einer Immobilienblase. Der UBS-Immobilienblasenindex ist im zweiten Quartal 2016 leicht auf 1,32 Punkte gesunken. Das ist der zweite Rückgang in Folge, aber der Index verharrt in der zweithöchsten Gefahrenstufe. Die UBS-Ökonomen haben errechnet, dass die nominalen Eigenheimpreise gegenüber dem Vorquartal teuerungsbereinigt um 0,6 Prozent gesunken sind. Die Hypothekaverschuldung der privaten Haushalte stieg gegenüber dem Vorjahr um nur noch 2,7 Prozent. Eine langfristige Hypothek kostet derzeit etwa 30 Prozent weniger als noch vor drei Jahren. Trotz der attraktiven Finanzierung lässt die Preisdynamik auf dem Markt aber nach. Verantwortlich dafür sind stagnierende Haushaltseinkommen und strengere Richtlinien der Banken bei der Vergabe von Hypotheken. (SDA)